

**Nathalie Peter**

Politische Urteilsbildung im  
Sozialkundeunterricht durch Lehrer:innen.  
Betrachtung von Gymnasien und  
Realschulen Plus

**Masterarbeit**

# BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei [www.GRIN.com](http://www.GRIN.com) hochladen  
und kostenlos publizieren



## **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

## **Impressum:**

Copyright © 2022 GRIN Verlag  
ISBN: 9783346805805

## **Dieses Buch bei GRIN:**

<https://www.grin.com/document/1319717>

**Nathalie Peter**

**Politische Urteilsbildung im Sozialkundeunterricht durch  
Lehrer:innen. Betrachtung von Gymnasien und Real-  
schulen Plus**

## **GRIN - Your knowledge has value**

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite [www.grin.com](http://www.grin.com) ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

### **Besuchen Sie uns im Internet:**

<http://www.grin.com/>

<http://www.facebook.com/grincom>

[http://www.twitter.com/grin\\_com](http://www.twitter.com/grin_com)

Universität Koblenz-Landau  
Fachbereich 06: Kultur- und Sozialwissenschaften  
Institut für Sozialwissenschaften  
Abteilung Politikwissenschaft  
Sommersemester 2022

## **Masterarbeit**

zur Erlangung des akademischen Grades Master of Education (M.Ed.)

# **Die Urteilsbildung im Sozialkundeunterricht**

-

Eine Bestandsaufnahme über die Anbahnung und Aktualisierung der  
Urteilsbildung durch Lehrer\*innen in Gymnasien und Realschulen

Plus

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. EINLEITUNG .....</b>	<b>5</b>
<b>2. THEORIETEIL.....</b>	<b>7</b>
<b>2.1 DIE ZIELE DER POLITISCHEN BILDUNG IN DER SCHULE UND DIE DEMOKRATIE</b>	<b>7</b>
<b>2.2 DIE POLITISCHE MÜNDIGKEIT ALS UNTERRICHTSZIEL .....</b>	<b>11</b>
2.2.1 DIE POLITISCHE HANDLUNGSKOMPETENZ .....	12
2.2.2 DIE POLITISCHE URTEILSKOMPETENZ.....	14
2.2.3 DIE METHODISCHEN FÄHIGKEITEN IN DER POLITISCHEN BILDUNG.....	16
<b>2.3 DIE URTEILSBILDUNG IM SOZIALKUNDEUNTERRICHT .....</b>	<b>17</b>
2.3.1 DIE KRITERIEN EINES URTEILS .....	18
2.3.2 DIE FACHDIDAKTISCHE BEDEUTUNG DER URTEILSBILDUNG .....	21
2.3.3 DIE UNTERRICHTSPRAKTISCHE BEDEUTUNG DER URTEILSBILDUNG .....	26
2.3.4 DIE ANBAHNUNG DER URTEILSBILDUNG.....	28
2.3.5 DIE AKTUALISIERUNG DER URTEILSBILDUNG .....	32
<b>2.4 DIE POLITISCHE URTEILSBILDUNG IM GYMNASIUM UND DER REALSCHULE PLUS33</b>	
2.4.1 DIE GEMEINSAMKEITEN UND UNTERSCHIEDE DER BILDUNGSSTANDARDS ZWISCHEN GYMNASIUM UND REALSCHULE PLUS .....	34
2.4.2 DIE KONSEQUENZEN DER GEMEINSAMKEITEN UND UNTERSCHIEDE FÜR DEN UNTERRICHT UND DESSEN ZIELE .....	37
2.4.3 DIE KONSEQUENZEN DER GEMEINSAMKEITEN UND UNTERSCHIEDE FÜR DIE ANBAHNUNG UND AKTUALISIERUNG DER URTEILSBILDUNG.....	40
2.4.4 DIE DISKREPANZ ZWISCHEN DER THEORETISCHEN RELEVANZ DER URTEILSBILDUNG UND DER PRAKTISCHEN UMSETZUNG IN GYMNASIEN UND REALSCHULEN PLUS .....	41
<b>3. EMPIRISCHER TEIL .....</b>	<b>43</b>
<b>3.1 ENTWICKLUNG DER FORSCHUNGSFRAGE .....</b>	<b>43</b>
<b>3.2 BESCHREIBUNG DER DURCHFÜHRUNG DER LEITFADENGESTÜTZTEN INTERVIEWS .....</b>	<b>43</b>
3.2.1 FELDZUGANG UND SAMPLING.....	43
3.2.2 AUFZEICHNUNGSMETHODE UND DOKUMENTATION.....	47
3.2.3 INTERAKTION IM INTERVIEW .....	49
<b>3.3 FORSCHUNGSDESIGN.....</b>	<b>49</b>
3.3.1 LEITFADENGESTÜTZTES INTERVIEW NACH PHILIPP A.E. MAYRING.....	50
3.3.2 KONZEPTION DES KATEGORIENSYSTEMS.....	51
3.3.3 KONZEPTION DER LEITFRAGEN .....	55
<b>3.4 AUSWERTUNG DER ERGEBNISSE .....</b>	<b>59</b>
3.4.1 DESKRIPTIVE AUSWERTUNG DER ERGEBNISSE.....	59
3.4.2 ANALYTISCHE AUSWERTUNG DER ERGEBNISSE .....	72
<b>3.5 DISKUSSION DER ERGEBNISSE.....</b>	<b>82</b>
3.5.1 VERORTUNG DER ERGEBNISSE IM AKTUELLEN FORSCHUNGSSTAND .....	82
3.5.2 SELBSTREFLEXION UND KRITIK AN DER UNTERSUCHUNG .....	83

<b>4. <u>SCHLUSS</u></b> .....	<b>85</b>
<b>5. <u>LITERATURVERZEICHNIS</u></b> .....	<b>88</b>
<b>6. <u>ANHANG</u></b> .....	<b>92</b>
6.1 <b>ABB. 1: KOMPETENZBEREICHE DER POLITISCHEN BILDUNG</b> .....	<b>92</b>
6.2 <b>TAB. 1: URTEILSRASTER NACH PETER MASSING (1997)</b> .....	<b>93</b>
6.3 <b>ABB. 2: KRITERIEN EINES POLITISCHEN URTEILS</b> .....	<b>94</b>
6.4 <b>ABB. 3: SCHEMA ZUM SAMPLING IM ZUGE DER DURCHGEFÜHRTEN ERHEBUNG</b> .....	<b>95</b>
6.5 <b>ABB. 4: INTERVIEW-VEREINBARUNG</b> .....	<b>96</b>
6.6 <b>ABB. 5: TRANSKRIPTIONSREGELN NACH KUCKARTZ (2008)</b> .....	<b>96</b>
6.7 <b>TAB. 2: ERSTELLTES KATEGORIENSYSTEM ALS GRUNDLAGE DER DURCHGEFÜHRTEN ERHEBUNG</b> .....	<b>92</b>
6.8 <b>TAB. 3: INTERVIEWLEITFADEN AUF BASIS DES ZUVOR AUSGEARBEITETEN KATEGORIENSYSTEMS</b> .....	<b>95</b>
6.9 <b>TAB. 4: ERSTELLTES KATEGORIENSYSTEM ALS GRUNDLAGE DER DURCHGEFÜHRTEN ERHEBUNG MIT ANKERBEISPIELEN</b> .....	<b>98</b>
6.10 <b>TRANSKRIPT DES INTERVIEWS MIT LEHRPERSON LP I</b> .....	<b>104</b>
6.11 <b>TRANSKRIPTION DES INTERVIEWS MIT LEHRPERSON LP II</b> .....	<b>108</b>
6.12 <b>TRANSKRIPTION DES INTERVIEWS MIT LEHRPERSON LP III</b> .....	<b>112</b>
6.13 <b>TRANSKRIPTION DES INTERVIEWS MIT LEHRPERSON IV</b> .....	<b>118</b>

## Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Kompetenzbereiche der politischen Bildung.....	16
Abbildung 2: Kriterien eines politischen Urteils.....	21
Abbildung 3: Schema zum Sampling im Zuge der durchgeführten Erhebung.....	46
Abbildung 4: Interview-Vereinbarung.....	47
<i>Hinweis: Wurde aus datenschutzrechtlichen Gründen entfernt</i>	
Abbildung 5: Transkriptionsregeln nach Kuckartz (2008).....	48
Tabelle 1: Urteilsraster nach Peter Massing (1997).....	20
Tabelle 2: Erstelltes Kategoriensystem als Grundlage der durchgeführten Erhebung.....	51
Tabelle 3: Interviewleitfaden auf Basis des zuvor ausgearbeiteten Kategoriensystems.....	56
Tabelle 4: Erstelltes Kategoriensystem als Grundlage der durchgeführten Erhebung mit Ankerbeispielen.....	67

## 1. Einleitung

Die Mündigkeit des Menschen gilt in der Gegenwart unbestritten als das höchstrangige Erziehungs- und Bildungsziel der Schule. Alle weiteren Erziehungs- und Bildungsaufgaben müssen mit der Mündigkeit vereinbar sein. Man kann auch sagen, dass diese Aufgaben im Grunde nur Konkretisierungen oder Anwendungen der Mündigkeit sind (Detjen 2007: 211).

Dieser Aussage Joachim Detjens zu Folge muss es ebenso das höchste Ziel des Sozialkundeunterrichts als Teil des Schulwesens sein, die Schüler\*innen zur Mündigkeit zu erziehen. Die Didaktik der Sozialkunde unterstreicht dieses Ziel und konkretisiert es noch einen Schritt weiter zur Ausbildung einer politischen Mündigkeit (vgl. Sander et al. 2017: 15). Im Rahmen der einschlägigen politisch-didaktischen Literatur ist zur Ausbildung eben dieser politischen Mündigkeit immer wieder vom Erwerb bestimmter Kompetenzen die Rede, welche en gros die Handlungsfähigkeit, die Urteilsfähigkeit sowie gewisse methodische Fähigkeiten umfassen. Dabei wird vor allem die Kompetenz der Urteilsbildung sowohl innerhalb der didaktischen Literatur als auch der universitären Lehramtsausbildung immer wieder hervorgehoben. Gleichzeitig zeigen bestehende Studien, dass Anbahnung und Aktualisierung einer Urteilsbildung höchst komplexe Unterfangen darstellen, welche in der praktischen Umsetzung oftmals Schwierigkeiten bereiten (vgl. Achour & Wagner 2019: 41ff.).

Demzufolge sollte die Urteilsbildung ein Forschungsfeld von durchgängigem Interesse seitens der Fachdidaktik der Sozialkunde darstellen, um den genannten Schwierigkeiten entgegenzuwirken. Tatsächlich ist das Wissen über die Art und Weise der Ausbildung der Urteilsfähigkeit aber immer noch relativ lückenhaft und mit Blick auf bestehende Forschungen scheint es, dass sich in der Vergangenheit innerhalb der Fachdidaktik zu wenig mit diesem zentralen Anliegen beschäftigt wurde (vgl. Breit & Weissenö 1997: 295). Den beiden Politikdidaktikern Gotthard Breit und Georg Weissenö zufolge hat dies Auswirkungen für die Unterrichtspraxis. Ihren Ausführungen nach sähen sich Lehrer\*innen zwar in allen Richtlinien aufgefordert, ihren Schüler\*innen Urteilskompetenz zu vermitteln, jedoch könnten Lehrende über die Art und Weise des Prozesses der Urteilsbildung zumeist weder in den Rahmenrichtlinien noch in Schulbüchern und Unterrichtsmaterialien ausreichende Gradmesser finden (vgl. ebd.: 295). Joachim Detjen sieht dies ähnlich und

äußert über die politische Urteilsfähigkeit, „dass ihre begriffliche Entfaltung auf dem Stand der neunziger Jahre stehen geblieben ist“ (Detjen 2013: 6).

Aus diesen Beobachtungen heraus ergab sich das Forschungsinteresse dieser Arbeit, welche den Versuch anstellen möchte, die Urteilsbildung in ihrem theoretischen und praktischen Stellenwert sowie ihrer Umsetzung im Unterricht näher zu beleuchten. Hierzu ersucht die Arbeit folgende Forschungsfrage zu beantworten: Welchen Stellenwert nimmt die Urteilsbildung im Sozialkundeunterricht in Theorie und Praxis auf dem Weg zur politischen Mündigkeit der Schüler\*innen ein und in welcher Art und Weise wird diese Urteilsbildung in Gymnasien und Realschulen Plus von Lehrkräften angebahnt und aktualisiert?

Zu diesem Zwecke wird sich zunächst auf Grundlage einer ausführlichen Literaturrecherche in einem ersten, allgemeinen Teil der Frage nach der theoretischen Bedeutsamkeit der Urteilsbildung in ihrer Anbahnung und Aktualisierung gewidmet (Kapitel 2). Die Frage nach der praktischen Bedeutung und Umsetzung findet sodann in einem zweiten, empirischen Teil durch leitfadengestützte Interviews Antwort (Kapitel 3). Hierfür wurde eine Gruppe von vier aktiv lehrende Sozialkundelehrer\*innen befragt, welche sich zur Hälfte aus ausgebildeten Fachlehrer\*innen sowie zur anderen Hälfte aus fachfremden Lehrkräften zusammensetzt. Ebenso zeichnet sich die Expertengruppe aus Lehrer\*innen dadurch aus, dass ihre Mitglieder\*innen sowohl an deutschen Gymnasien als auch an Realschulen Plus unterrichten. Die Konstellation der Expertengruppe aus ausgebildeten Fachlehrer\*innen und fachfremden Lehrkräften sowie Lehrenden an Gymnasien und Realschulen Plus wurde vorgenommen, um eine einseitige Betrachtung der Thematik auszuschließen und ein möglichst realitätsnahes Bild der Situation rund um die Urteilsbildung im Sozialkundeunterricht zu gewinnen.

Die durch die Interviews gewonnenen Daten werden anschließend mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp A.E. Mayring ausgewertet, sodass eine Interpretation der Ergebnisse unter Rückbezug auf den vorangegangenen theoretischen Teil der Arbeit stattfinden kann. Schließlich erfahren die Ergebnisse eine Einbindung in den aktuellen Forschungsstand, bevor sich die Untersuchung einer Selbstreflexion unterzieht und schließlich im Schlussteil endet (Kapitel 4).

## 2. Theorieteil

### 2.1 Die Ziele der politischen Bildung in der Schule und die Demokratie

Die politische Bildung verfolgt in der Schule eine ganze Reihe von Zielen. Das Hauptziel ist jedoch unumstritten das Ausbilden der Mündigkeit von Schüler\*innen. Im Bezugsrahmen der politischen Bildung „umfasst Mündigkeit mindestens soziale, politische und ökonomische Mündigkeit; man kann sie gesellschaftliche Mündigkeit nennen“ (Sander et al. 2017: 15). Dabei „bezeichnet [sie] die Fähigkeit, sich mit Gesellschaft, Politik und Wirtschaft eigenständig und sachkompetent sowie interessengeleitet auseinanderzusetzen, dort selbstbestimmt und selbstwirksam zu handeln und dies nachvollziehbar rechtfertigen zu können“ (ebd.: 15). Hierbei stehen Schule und Demokratie stets in Wechselwirkung zueinander. Theodor W. Adorno betonte in seinen Ausführungen über Erziehung zur Mündigkeit diesbezüglich:

[Eine Demokratie,] die nicht nur funktionieren, sondern ihrem Begriff gemäß arbeiten soll, verlangt mündige Menschen. Man kann sich verwirklichte Demokratie nur als Gesellschaft von Mündigen vorstellen. Wer innerhalb der Demokratie Erziehungsideale vertritt, die gegen Mündigkeit, also gegen die selbständige bewusste Entscheidung jedes einzelnen Menschen, gerichtet sind, der ist anti-demokratisch, auch wenn er seine Wunschvorstellungen im formalen Rahmen der Demokratie propagiert (Adorno 1970: 112).

Um das Ziel der Mündigkeit zu erreichen, hat sich die politische Bildung gleichwohl viele kleinere Ziele und Aufgaben gesetzt, die in ihrer Summe sodann zur Mündigkeit führen sollen. Man könnte die Summe dieser Ziele auch unter dem Begriff *Politikbewusstsein* zusammenfassen (vgl. Detjen 2007: 211). Dies bedeutet, dass die Schüler\*innen nicht bloß ein Interesse für Politik entwickeln sollen, sondern die politische Bildung sie vor allem auch dazu befähigen soll, selbständig politische Prozesse analysieren und beurteilen zu können. Zudem soll eine Identifikation mit den Werten der Menschenwürde und der Demokratie angebahnt werden (vgl. Ackermann et al. 1994: 9). Ist eine Identifikation mit diesen Werten gegeben, kann davon ausgegangen werden, dass ein Erhalt eben jener angestrebt und Handlungen daran ausgerichtet werden.

Durch die Unterstützung der politischen Bildung zur Ausbildung der Mündigkeit ist gleichzeitig auch immer die Möglichkeit miteingeschlossen, dass die mündigen

Bürger\*innen das politische System verändern möchten, womit sie nach Massing einen sogenannten ‘normativen Überschuss‘ produzieren (vgl. Pohl 2022: 143). Das Bedürfnis, das politische System verändern zu wollen, darf man jedoch nicht als Indikator für eine erfolgreiche politische Bildung verstehen. Ebenso kann es sein, dass Schüler\*innen durch politische Bildung zu dem Entschluss kommen, sich selbstbestimmt und gut begründet politischen Handlungen zu enthalten. Auch dann gilt politische Bildung als erfolgreich, denn es ist ebenso ein Zeichen von Mündigkeit, eine fundierte Entscheidung gegen etwas treffen zu können (vgl. Oberle 2013: 159).

Nichtsdestotrotz sind

Demokratien [...] auf [einen] normativen Überschuss angewiesen, denn sie müssen sich beständig fortentwickeln, um ihren Verfassungsnormen auch in der Verfassungswirklichkeit gerecht zu werden und um angesichts neu auftretender Herausforderungen auch die Verfassungsnormen selbst weiterzuentwickeln. Dafür brauchen Demokratien urteils- und handlungsfähige Bürgerinnen und Bürger. [...] Politische Bildung leistet demnach einen Beitrag zur politischen Mündigkeit der Individuen und zur Weiterentwicklung der Demokratie (Pohl 2022: 143).

Den Ausführungen Pohls zufolge versteht sich die Norm der Demokratie also als konflikthafte Handeln (vgl. Reinhardt 2016: o.S.). Die Demokratie und ihr Fortbestehen sind demnach auf die politische Bildung in der Schule angewiesen, und zwar sowohl hinsichtlich der Ausbildung handlungsfähiger als auch urteilsfähiger Schüler\*innen.

Aus der eben genannten Normativität heraus ergeben sich jedoch noch weitere Ziele für die politische Bildung, welche sich gebündelt im Beutelsbacher Konsens wiederfinden. Hier sind vor allem die Kontroversität und das Überwältigungsverbot zu achten. Unterschiedliche Lebens- und Denkweisen in einer pluralen Gesellschaft müssen sich wechselseitig respektieren können. Infolgedessen müssen auch eben diese kontrovers präsentiert und diskutiert werden. Dabei liefern die obersten und unbestrittenen Normen wie etwa die Grund- und Menschenrechte einen gemeinsamen Maßstab für alle Beteiligten (vgl. ebd.: o.S.).

Die kontroverse Repräsentation unterschiedlicher Lebens- und Denkweisen stellt gleichzeitig eine Abbildung politischer Realität dar, denn plurale Denkweisen sowie deren Vereinigung und Co-Existenz in einem politischen System sind essentielle Indikatoren einer Demokratie. Ebenso sind die offene Gesellschaft der

Demokratie sowie die vielfältigen Teilnahmemöglichkeiten am politischen Prozess, die den Bürger\*innen zur Verfügung stehen, auf die Mündigkeit der Bürger\*innen angewiesen. Gerade „[d]ie offene Gesellschaft verlangt vom Bürger die kognitive Anstrengung, sich in der Fülle der Positionen und Auffassungen zu orientieren, kritisch abzuwägen [und] sich begründet zu entscheiden“ (Detjen 2007: 213).

Für den Bestand der Demokratie gilt: Sie verträgt es nicht, wenn breite Volksschichten auf Dauer abseitsstehen. Sie verträgt es auch nicht, wenn das politische Wissen und die politische Urteilskraft der Bürger zu gering ausgeprägt sind. Der Anspruch der Demokratie, politische Mitwirkungsfreiheit zu gewähren, ist nur sinnvoll, wenn die Bürger dieser Freiheit in politischer Mündigkeit und Reife gegenüberstehen. Deshalb ist die Erziehung zur politischen Mündigkeit zwar nicht identisch mit der Erziehung zur Demokratie, aber doch ein wichtiger Beitrag dazu (ebd.: 213).

Die gegenseitige Abhängigkeit von Demokratie und politischer Bildung mit ihrem Hauptziel der Mündigkeit spiegelt sich demzufolge nicht bloß in den Bedürfnissen der Menschen wider, sondern auch in den Charakteristika eines demokratischen politischen Systems und dessen Dependenz von politisch partizipierenden Bürger\*innen.

Es können und müssen jedoch nicht alle Bürger\*innen gleichermaßen politisch aktiv sein. Eine Vielzahl von Bürger\*innen hat bloß ein geringes Interesse an Politik. Dabei „schaden [sie] sich [jedoch] selbst, weil sie für ihre Interessen nicht sachgerecht und kompetent eintreten können“ (Breit 1996, zitiert nach Breit & Weisseno 2010: 52). Zudem stellt eine zu große Gruppe desinteressierter Bürger\*innen wiederum eine Gefahr für die Demokratie dar, da diese, wie bereits erwähnt, auf partizipierende Bürger\*innen angewiesen ist. Der „Politikunterricht muss sich daher zunächst einmal darum bemühen, das Interesse der Jugendlichen an Politik zu wecken und so zu festigen, dass es möglichst ein Leben lang anhält“ (Breit & Weisseno 2010: 52). Die politische Bildung muss es in Konsequenz als Aufgabe ansehen, den Schüler\*innen einen Zugang zu Politik schaffen, bei dem Kenntnisse vermittelt, Denkfähigkeiten (politische Analyse-, Urteils- und Handlungsfähigkeiten) ausgebildet und so auch die Bereitschaft und ferner der Wille zum politischen Denken und gegebenenfalls Handeln geweckt werden (vgl. ebd.: 52).

Um dieses Ziel besser fokussieren zu können, werden in der Didaktik der politischen Bildung, zum Zweck der differenzierten Zuordnung von Zielen des